

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Wilsch.

Postkonto: Dresden 1533
Stroßstraße Riesa Nr. 82.

Nr. 112.

Mittwoch, 14. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Einzelteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Was wird aus der Ruhrbesetzung? Eine peinliche Frage an die französischen Linksparteien.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die französischen Linksparteien haben überraschenderweise bei den französischen Kammerwahlen einen Sieg davongetragen, trotzdem man mit Sicherheit darauf gerechnet hatte, daß sie nur schwache Erfolge gegenüber dem Voincaré-Block erzielen könnten. Es ist nicht zu verkennen, daß Voincaré an der Ruhraktion gescheitert ist, die von den gesamten Linksparteien sehr heftig bekämpft worden war. Der Führer des französischen Linksblocks Herrriot hatte bei den letzten Auseinandersetzungen in der Kammer eine heftige Sprache gegen die Ruhrpolitik geführt, die seiner Auffassung nach der französischen Nation mehr Schaden zuzufügen habe, als sie jemals nützen könne. Die etwas weiter links stehenden Kreise, insbesondere die Sozialisten, waren noch viel schärfer gegen die Ruhrbesetzung aufgetreten, die sie als einen Bewaltakt der imperialistischen Politik Voincarés betrachteten und deren sofortige Beendigung sie im Parlament immer wieder verlangt hatten. „An der Ruhraktion wird Voincaré sein Ende erleben“, so schrieb die französische Linkspresse, als der französische Ministerpräsident mit seiner Starrköpfigkeit an der Fortsetzung seiner Politik beharrte. Wenn also die französischen Linksparteien jetzt ernsthaft und konsequent an ihrer Haltung bestehen sollten, so könnte tatsächlich die Wahlenbesetzung Voincarés für Deutschland ein Gutes bringen; die Besetzung der Ruhr würde aufgehoben werden!

In den ernsthaften Berliner politischen Kreisen ist man weit davon entfernt, sich solchen Hoffnungen hinzugeben. Die französischen Linksparteien haben durchaus nicht die Männer, die das, was sie mit einem Wortschwall von Begeisterung verkünden, auch wahrmachen werden. Es entspricht durchaus dem französischen Temperament, schöne und starke Worte zu gebrauchen, und wer etwa diesen schönen Worten Glauben schenken sollte, der würde sich schrecklich getäuscht haben — vielmehr, er würde sich selbst irreführen — denn Worte und Taten sind bei den Franzosen zwei verschiedene Dinge. In Deutschland hat man also zunächst keinen Anlaß, irgend welche Hoffnungen auf die neuen Männer Frankreichs zu setzen. Vielleicht glauben es wirklich noch einige Sozialdemokraten und Sozialisten, die sich niemals belehren lassen werden und immer wieder an utopische Träume glauben. In den Augen der wirklichen deutschen Politiker aber sehen sich die Dinge weit anders an. Der Wahlsieg der französischen Linken bedeutet zunächst für Deutschland eine erhebliche Erleichterung der außenpolitischen Lage. Man wird es wieder erleben müssen, daß die Franzosen sich als die Träger der Weltdemokratie aufspielen und ihre unersöhnliche Politik mit dem Hinweis auf das „reaktionäre und reaktionäre Deutschland“ zu begründen suchen. Die Herren Briand und Genossen sind ebenso unversöhnliche Gegner Deutschlands wie Herr Voincaré, nur daß sie im Gegensatz zu ihm die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit England wünschen. Wie man Herrn Briand kennt, wird er jetzt Anstrengungen machen, um dem englischen Premierminister MacDonald unternehmen, um gemeinsam mit ihm die neue Politik gegen Deutschland festzulegen.

Unter solchen Umständen wird die Außenpolitik Deutschlands vor große Probleme gestellt. Im Auswärtigen Amt erklärt man, daß jetzt jede Aussicht, durch eine Abklärung der Sachverständigenvorschläge außenpolitische Vorteile zu erzielen, für absehbare Zeit hinaus vernichtet worden sei. Der neue Linksturn in Frankreich könne unter Umständen eine noch schärfere Haltung gegenüber Deutschland einschlagen als Herr Voincaré, der doch immerhin sich durch die Ruhraktion so stark belastet hatte, daß er auf dem Wege war, seine Haltung zu revidieren, um nicht ein ähnliches Schicksal zu erleiden. Es ist aber zumindest zweifelhaft, ob die neuen Männer in Frankreich, die von dieser Belastung frei sind, eben so viel Rücksichten auf England werden nehmen müssen, wie Herr Voincaré, der sich auf eine Zukunft mit MacDonald vorbereitet hatte. Dabei ist zu beachten, daß die belgischen Minister bereits von Voincaré ermächtigt worden waren, der englischen Regierung ziemlich weitgehende Zusagen hinsichtlich der Politik an der Ruhr zu geben.

Der Gesamtindruck in den maßgebenden Berliner Regierungskreisen ist demnach der, daß es vollständig verfehlt wäre, optimistisch in die Zukunft zu sehen, da das Frankreich von links nicht besser ist als das Frankreich von rechts.

Die französischen Kammerwahlen.

(Paris.) Das Ministerium des Innern veröffentlicht über das Wahlergebnis folgende Statistik: Konservative 20, Republikaner 117, Linksparteien 62, Sozialdemokraten 75, Radikale und Soz. Radikale 130, Soz. Republikaner 35, Vereinigte Sozialisten 102, Kommunisten 29. Im ganzen waren 684 Mandate zu verteilen. Der Rest von 15 Mandaten ist sich aufkommen aus 10 Ergebnissen in den Kolonien, die noch nicht bekannt sind, und 4 Sitze, die am nächsten Sonntag in Stichwahl verteilt werden, und einem Mandat im Norddepartement, dessen Träger noch zweifelhaft ist.

Die Liste ist mehr in Anpassung an die Fraktionsverteilung in der alten Kammer angelegt als an die während der Wahlen selbst denuge Liste der Agentur Havas. Es ist zu bemerken, daß unter Linksparteiern die Gruppe der republikanischen und sozialen Aktion (Partei Bouquet) und die alte Gruppe der Linksparteien (Partei

Legues) zusammengefaßt sind, die hiernach als selbständige Fraktionen verschwinden würden. Dagegen umfaßt die „Demokratische Linke“ der Statistik die alte Gruppe der republikanisch-demokratischen Linken, der Raoul Veret und Kriegsminister Maginot angehören, und offenbar die während der Wahlkampagne als disziplinierende Radikale bezeichneten, nicht eingeschriebenen Mitglieder der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen Partei. Unter der Entente républicaine démocratique ist die alte Gruppe Frago zu verstehen.

Vor einem Rücktritt Millerands?

* Paris. In französischen politischen Kreisen erhält sich hauptsächlich das Gerücht, Millerand sei entschlossen, vom Präsidentenamt zurückzutreten. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war bisher nicht zu erlangen.

England und der französische Linksturn.

London. In den englischen politischen Kreisen hat der Wahlsieg der französischen Linken einen guten Eindruck gemacht. Die liberalen Blätter, insbesondere das Blatt „Daily Chronicle“, halten Voincaré für einen erleuchteten Mann, der als scharfer Gegner Englands die Beziehungen zwischen den beiden Ländern außerordentlich getrübt hätte. In den englischen politischen Kreisen neigt man zu der Auffassung hin, daß Briand der kommende Mann in Frankreich ist. Man erinnert daran, daß Briand bei der Konferenz in Genua auf dem Wege war, Lloyd George völlig zu unterstützen und im letzten Augenblick von Voincaré verhindert wurde, eine Verständigung mit England herbeizuführen. Briand werde offensichtlich demüht sein, die guten Beziehungen mit England wieder herzustellen und eine wohlwollende vernünftige Politik zu treiben und es gestatten, die Interessen wieder einander näher zu bringen. Deutschland gegenüber werde die französische Linke jetzt eine Politik der Mäßigung betreiben müssen, denn es sei unverständlich, daß die französische Sanktionspolitik, insbesondere die Ruhraktion, das deutsche Volk schwer bedrückt haben. „Die deutsche Demokratie“, so schreiben die „Daily News“, „könne vielleicht durch die französische Demokratie aus ihrer schwierigen Lage gerettet werden“.

Eine „Fraktion der Mitte“.

*) Berlin. In einer Meldung über die Bildung einer „Fraktion der Mitte“ im neuen Reichstag verlautet aus parlamentarischen Kreisen, daß es sich zunächst nur um einen Gedankenaustausch unter verschiedenen Mitgliedern der Fraktionen handelt, daß aber von einer Stimmgebung der Fraktionen im Ganzen, die ja überhaupt noch nicht sich neu gebildet haben, nicht gesprochen werden kann. In manchen Kreisen dieser Fraktionen steht man einem solchen engen Zusammenhalt zwischen Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten oder auch noch der Bayerischen Volkspartei skeptisch gegenüber. Man glaubt nicht, daß diese Parteien eine einheitliche Fraktion bilden könnten. Allerdings hat schon zwischen den Parteien der Mitte die sogenannte bürgerliche Arbeitsgemeinschaft im alten Reichstag bestanden, aber sie ist nur von Fall zu Fall in einigen politischen Fragen wirksam geworden und äußerlich dadurch zum Ausdruck gekommen, daß gemeinsame Erklärungen der zusammengefügten Fraktionen durch einen Redner abgegeben wurden. Man wird also vorläufig die Entwicklung dieses Gedankens, sobald sich die einzelnen Fraktionen damit offiziell beschäftigen, abwarten müssen.

Wenn dieser Block gebildet werden sollte, um auf diese Weise eine Fraktion zustande zu bringen, die noch stärker an Mittelgebirge sein würde als die Deutschnationalen, so müßte zunächst mit der Folge gerechnet werden, daß auch die Fraktionen der Rechten sich zusammenschließen könnten, um dann den Anspruch auf die Befreiung des Volkes für den Reichstagspräsidenten zu haben. Dieser hat jedenfalls die Deutschnationale Fraktion, die am 20. Mai sich konstituieren wird, diesen Anspruch. Ueber die Verleugnung läßt sich noch nicht sagen, wenn auch Dr. Steingraber genannt wird, der lehnrecht der Berliner Gewerkschaft leitete und auch ein hervorragendes Mitglied in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist.

Zu obigen Thema hatte die volksparteiliche „Zeit“ zunächst bemerkt, daß der Plan des Zusammenschlusses in der Fraktion der Deutschen Volkspartei noch nicht „besprochen“ worden sei. In ihrer Nummer vom Dienstag abend schreibt nunmehr die „Zeit“: „Ein Plan, die Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammen zu schließen, hat niemals bestanden und es hat niemand daran gedacht, eine solche Verschmelzung herbeizuführen. Es haben lediglich Erörterungen in der Richtung stattgefunden, ob die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien nicht in den Beziehungen der Fraktionen stärker zum Ausdruck gebracht werden sollten. Eine solche Anregung ist durchaus nichts Neues. Auch in der Vergangenheit ist die Arbeitsgemeinschaft wiederholt mit gemeinschaftlichen Erklärungen zur Außen- und innenpolitischen Lage aufgetreten, hat also in diesen Fällen einen einheitlichen Fraktionswillen zum Ausdruck gebracht. Ob man auf diese früher schon bestandene Neigung zurückgreifen soll, ist zwischen den Fraktionen überhaupt noch nicht besprochen worden. Die Anregung ist nicht von der Deutschen Volkspartei ausgegangen, sie wird aber bei der Konstituierung des Reichstags in den Besprechungen der Fraktionen wohl noch eine Rolle spielen.“

Erhebliche Verbesserung der Reichsfinanzen.

Die Einnahmen des Reiches haben sich derart entwickelt, daß mit ziemlicher Sicherheit ein Balancieren des Etats weiterhin erwartet werden kann. Im April wurden 452,1 Millionen eingenommen und 447,9 Millionen ausgegeben, jedoch also ein Ueberschuß von 4,2 Millionen erzielt wurde. Die regulären laufenden Steuern sind jetzt wieder zu Hauptträgern der Reichseinnahmen geworden. Die Einkommensteuer stieg von 40,48 Millionen im Dezember auf 159,7 Millionen im März; die Umsatzsteuer von 52,43 auf 126,59 Millionen. Bei den Zöllen und indirekten Steuern sind die Einnahmen von 26,68 auf 68,4 Millionen gestiegen. Die Vermögenssteuer erbrachte im März bereits 111,38 Millionen. Die Voranschlagsfiguren für das ganze Jahr sind bereits im ersten Quartal um 3,3 Prozent überschritten worden, wenn auch eine Anzahl von Steuern erheblich hinter den Voranschlag zurückgeblieben ist, insbesondere die Verkehrsabgaben und die allgemeine Umsatzsteuer. Das Zurückbleiben der Umsatzsteuer hinter den Voranschlag ergibt deutlich die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung. Wie die „N. N.“ erzählt, schweben infolge der Besetzung der Reichsfinanzen bereits Ermäßigungen, um zum 1. Juli eine Aufbesserung der Beamtenbesoldungen und der Pensionäre zu ermöglichen. Die „N. N.“ rechnet an der Hand der Ergebnisse der Reichskassen auf, daß das deutsche Volk zurzeit 40 bis 45 Prozent des von ihm erarbeiteten Einkommens für Steuern und Abgaben an die Kassen des Staates abliefern. Das ist eine ungeheure Belastung und mehr, als in irgend einem anderen Lande von der Bevölkerung getragen wird.

Nachlässe zum Deutschen Tag in Halle.

In einer Beschwörungschrift an die zuständigen Ministerien weist die Deutsche Liga für Menschenrechte darauf hin, daß die Bedingungen der Polizei für die Genehmigung der Feiern in und bei Halle von den Vaterländischen Verbänden in verschiedenen Punkten verlegt worden seien. Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Feb. d. Js. sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen allgemein verboten. Für die Denkmalfeier in Halle und die Massenkundgebung auf der Rembahnwiese wurde nach der öffentlichen Bekanntmachung der Polizeibehörden dieses Verbot nur unter der Bedingung aufgehoben, daß sämtliche Umzüge unterbleiben und daß nur Fahnen, die entweder die alten oder die neuen Reichsfarben, die preussischen Farben oder politische indifferenten Vereinsfarben tragen, in die Ordnung treten würden. Tatsächlich hätten aber, so heißt es in der Beschwörungschrift, nach den Berichten von Augenzeugen große Märsche in militärischer Ordnung in der Stadthalle schon vor dem Abmarsch nach der Rembahnwiese stattgefunden und die meisten Fahnen seien mit den Symbolen der ausgesprochen antirepublikanischen Organisationen versehen gewesen. Die Liga verlangt in ihrer Eingabe ein Vorgehen gegen diejenigen Stellen, die die Überletzung der Vereinbarung nicht verhindert haben, und sie fordert weiter, daß den Vaterländischen Verbänden Ausnahmen von der Februar-Verordnung nicht mehr bewilligt würden, da diese Verbände in Halle bewiesen hätten, daß sie keine Gewähr für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen böten.

Ein Antrag der Kommunisten

im Preussischen Landtag nimmt in schärfer Weise gegen die Vorgänge bei der Denkmalweihe in Halle Stellung und fordert Unterstreichung der Angehörigen der erschoffenen und verwundeten Arbeiter aus der Staatskasse, ferner die sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter und deren Entschädigung für die erlittene Quäl. Die nach Ansicht der Antragsteller Schuldigen an dem „Blutbad“, insbesondere Oberpräsident Hörsing, Polizeipräsident Runge und die Polizeioffiziere sollen ihres Amtes entbunden und bestraft werden. Der Minister des Innern Severing, sowie die übrigen Mitglieder des preussischen Ministeriums hätten sofort zurückzutreten. Ferner soll der Landtag die sofortige Aufhebung des zivilen Belagerungszustandes durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert fordern.

Zur Beteiligung der Reichswehr

an der Einweihung des Nolte-Denkmal
in Halle wird uns vom Reichswehrministerium mitgeteilt: Die dienstliche Bestellung von Reichswehr zu nichtdienstlichen Veranstaltungen bedarf der Zustimmung des Reichswehrministeriums. Eine dienstliche Bestellung ist nicht beantragt worden und hat nicht stattgefunden. Die außerdienstliche Teilnahme von Reichswehrgenährten an der mit Zustimmung und Beteiligung der zuständigen Behörden stattgefundenen Feier hat das Wehrkreiskommando bestimmungsgemäß genehmigt. Die Teilnahme der Traditionskompagnie des ehemaligen Jägerregiments Graf von Nolte Nr. 38 hat sich auf drei Offiziere und zehn Mann beschränkt, die sich freiwillig beteiligt haben. Den Vorbeimarsch haben Angehörige der Reichswehr nicht mitgemacht.

Die polnische Entdeutschungspolitik.

* Stettin. Durch planmäßige und zielbewusste Entdeutschungspolitik in den von Deutschland zugefallenen Gebieten haben die Polen, wie der Pommerische Landesverdienst erzählt, bis Ende 1923 aus Wolen und Westpreußen 826323, aus Ostpreußen 80000, zusammen 906323 Deutsche verdrängt. Nach Wolen sind aus Deutschland rund 30000 Personen ausgewandert. Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat und die Schädigung an Hab und Gut gehört zu den traglichsten Völkerverwundungen der Weltgeschichte.